

DEMOKRATIE WAGEN!

Debatten zur Zukunft
der Gesellschaft

Workshop B3:

Ökologie und Demokratie –

Wie demokratisch sind die ökologischen Ansätze?

Samstag, 7. Februar 2009, 10.00 Uhr

Hochschule für Künste Bremen

Überseestadt Nord - Am Speicher XI 8

Der Workshop wird moderiert von

Wolfgang Faller – Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz, Mainz

Thesen von Anne Klatt

(Studentin an der Universität Greifswald & Bündnis 90/Die Grünen)

Thesepapier:

1. Werbung wirkt doppelt negativ aus umweltpolitischer Sicht: a) verursacht sie maßlosen Konsum und damit Ressourcenübernutzung und b) bringt sie Menschen dazu, sich auf das, was sie begehren zu konzentrieren und nicht auf globale Probleme
2. direkte Demokratie *kann* in regionalen und thematischen Spezialfällen aus ökologischer Sicht erfreuliche Ergebnisse hervorbringen (z.B. bei Reizthemen wie Atom- und Kohlekraftwerken, Autobahnen, Müllverbrennungsanlagen...)
3. direkte Demokratie versagt bei (abstrakten) Themen wie Flächenversiegelung, Artensterben, Verlust der Bodenfruchtbarkeit. Moorschutz etc.
4. konsequente Umweltpolitik kann ohne Akzeptanz in der Bevölkerung langfristig nicht durchgehalten werden (Abwahl, Proteste, Aufstände,...)
5. Es ist nicht die Frage, ob „bottom-up“ (Graswurzelansatz) oder „top-down“ (strenge Umweltgesetze), sondern die beiden Strategien sind auf einander angewiesen

6. Wir müssen uns nach anderen Steuereinnahmequellen als die Lohn- und Mehrwertsteuer umsehen, wenn wir einen nachhaltigen Lebensstandart realisieren wollen, ohne dass das Sozialsystem zusammenklappt
7. Ökologie und Demokratie können sich vertragen, aber Ökologie und eine deregulierte Marktwirtschaft ganz & gar nicht!

Essay:

Wie können fundamentale ökologische Probleme bewältigt werden - ohne autoritären Politikstil?

Eine Demokratie ist wie eine dicke, alte Fregatte: bevor grundsätzliche Kurswechsel vollzogen werden, muss es an vielen Stellen „klick!“ gemacht haben: die Massenmedien und die Justiz müssen mitspielen, das „breite Volk“ muss gewillt sein und natürlich die Mehrheit der Abgeordneten muss in der Entscheidung eine Chance erkennen und nicht eine selbst provozierte Niederlage im nächsten Wahlkampf.

Viele grüne Forderungen sind mit Kosten für bestimmte Akteure verbunden, und seien es auch nur Opportunitätskosten¹. Werden höhere Produktionsstandards verlangt, steigen die Produktionskosten; werden mehr Gelder für öffentliche Verkehrsmittel eingesetzt, muss bei anderen Bereichen gekürzt werden; stärkere Kontrollen ziehen höhere Preise mit sich usw. Daher schwebt jedeR PolitikerIn ständig in Gefahr, zur Zielscheibe für Kampagnen von Lobby-Gruppen und Medien zu werden, wenn sie/er durch eine energische Umweltpolitik auffällt. Bei den Grüngesinnten kann man sich auf diese Weise Achtung erwerben. Die breite Gesellschaft wird einen dafür zur UtopistIn oder gleich für nicht zurechnungsfähig (v)erklären. Von PolitikerInnen zu erwarten, dass sie ambitionierten Umweltschutz „verordnen“, ist demnach schlicht unrealistisch.

Brauchen wir also Öko-Wende „von unten“? Konzerne und Politik geben sich allergrößte Mühe uns zu KonsumentInnen zu erziehen und nicht zu StaatsbürgerInnen: Die allererste Bürgerpflicht scheint das Shoppen zu sein – sonst klappt uns das Sozialsystem, das durch die Mehrwertsteuer leider an das BSP gebunden ist, vollends zusammen. Ständig werden wir aufgefordert, nur kein *eventuell* in uns aufkeimendes Begehren zu übersehen und umgehend zu befriedigen. Wir haben soviel, dass immer aggressivere Werbestrategien angewandt werden, um die Kaufsucht zu stimulieren. Nebeneffekt dieser Gehirnwäsche ist die Fixierung auf die eigenen Bedürfnisse.

¹ „Opportunitätskosten“ umfassen alle alternativen Optionen, auf die man verzichtet, wenn man sich für etwas entscheidet .

Menschen, die darüber nachdenken sollen, wieviel besser es ihnen mit einem Handy ginge, das ihnen schon am Klingelton verrät, wer da um Audienz bittet, sollen nicht daran denken, welche ökologischen und sozialen Konsequenzen deren Produktion hat – andernfalls würden sie womöglich im Shoppen innehalten. Und das wäre das Ende unseres Wirtschaftswachstums. Dieses System ist auf KonsumentInnen angewiesen, die auf den Eigennutz fokussiert sind.

Schlechte Voraussetzungen also dafür, dass von der Politik eine Einschränkung unseres Lebensstandards eingefordert wird? Bei Großprojekten wie „hässlichen“ Kraftwerken vor der Haustür leistet das Volk erfreulicherweise nach wie vor ordentlichen Widerstand (was leider nicht immer auf fruchtbaren Boden fällt, wie im Fall des Steinkohlekraftwerks Lubmin)². Aber bei diffuseren Umweltproblemen wie Flächenversiegelung (auf das eigene Haus im Grünen verzichten?), Artensterben, Müllproduktion, Verlust der Bodenfruchtbarkeit unserer Äcker etc. hält sich des Volkes Widerstand sehr zurück. Sind wir dort an den Grenzen partizipativer Demokratie angelangt? Welcher Mittel können und sollten wir uns zur Lösung derartiger Probleme bedienen? Brauchen wir also doch strenge Umweltgesetze, gegen den Willen der Bevölkerung – einen autoritären Politikstil?

An dieser Stelle möchte ich auf Niklas Luhmann zurückgreifen. In seiner Systemtheorie wird uns die Gesellschaft als ein Komplex aus verschiedenen, sich immer weiter ausdifferenzierenden Teilsystemen dargestellt: Wirtschaft, Politik, Religion, Recht, Wissenschaft und Bildung. Sie alle funktionieren nach ihren eigenen Prinzipien und in ihrer eigenen Sprache. Ein Problem eines Teilsystems erzeugt nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen „Resonanz“, also einen Effekt, in anderen Teilsystemen. Wenn z.B. die KlimatologInnen die Alarmglocke läuten, werden die Akteure des Wirtschaftssystems erst einmal wenig darauf reagieren: Selbst wenn sie in den Klimaschutz investieren würden, bekämen sie dafür zwar möglicherweise Schulterklopper und Auszeichnungen. Aber die wenigsten Unternehmen können es sich leisten, auch nur auf einen Teil ihrer Gewinne zu verzichten, wenn sie am Markt bestehen wollen. Durch die oben beschriebene „Geiz ist geil“-Erziehung werden von den Käuferscharen vor allem niedrige Preise honoriert und nicht Engagement für die Umwelt. Will man UnternehmerInnen zu umweltfreundlicherem Verhalten bewegen, muss es für sie lukrativ sein. LandwirtInnen sollen an ökologischen Maßnahmen verdienen können. Dynamisierte Standards wie beim Top-Runner-Ansatz³ lösen einen Wettbewerb um die effizienteste Technik aus. Und die Nutzung von Industriebranchen muss preiswerter als die

2 Die Volksinitiative gegen das Kohlekraftwerk in Lubmin mit 32.000 Unterschriften (Quorum 15.000) wurde im Schweriner Landtag gar nicht erst angehört.

3 Der „Top-Runner-Ansatz“ ist ein geniales ökonomisches Instrument, der erfolgreich in Japan eingesetzt wird. Effizienzklassen, wie z.B. unsere Energieklassen A(++), B, C, usw. richten sich nach dem Klassenprimus. An dessen Effizienz orientiert sich die Einstufung und innerhalb einiger Jahre **müssen** alle anderen diesen Standard erfüllen. Je effizientere Geräte ich also produziere, desto stärker setze ich die Konkurrenz unter Druck.

Versiegelung der grünen Wiese werden.

Analog sollten wir uns alle anderen Teilsysteme vorknöpfen: Warum wird Umweltgefährdungen kaum nennenswerte Beachtung in den Lehrplänen geschenkt? Und warum nicht in Klausuren oder Prüfungen abgefragt? Warum sind die Naturwissenschaften so sehr auf ökonomische Verwertbarkeit ausgerichtet, anstatt auf ökologische Zusammenhänge? Die heutige Biologie ist meinem Eindruck nach zu weit in Richtung Biotechnologie gedriftet. So können wir die Funktionsweise von Ökosystemen nicht verstehen und erhalten.

Eine andere Teilfrage dieses Workshops zielt auf den unliebsamen Einfluss der mächtigen Lobbys ab. Von ihnen geht eine enorme Macht auf PolitikerInnen aus: Weist er/sie deren Forderung zurück, riskiert sie/er eine gegen sich gerichtete Kampagne. Parteien als Ganze sind auf die finanzielle Unterstützung angewiesen. Und auch die Rechtsabteilungen der Industriellen sind ein nicht zu unterschätzender Stolperstein für die staatliche Regulation zum Schutz von Mensch und Natur. Ein generelles Unterbinden der Lobby-Arbeit halte ich für nicht zielführend, die Politik soll keine Mauer um sich herum ziehen. Aber sie muss transparenter ablaufen und nicht im Verborgenen stattfinden, insbesondere die Spenden. Vor allem aber müssen ebenbürtige Gegengewichte zu den industriellen Verbänden etabliert werden: NGOs, Sachverständigenräte, grüne „Thinktanks“. Die NGOs sind in der Lage zum „Gegenschlag“ auszuholen und eine Kampagne gegen die Blockierer einer effektiven Umweltpolitik zu initiieren. Sie treffen damit Konzerne an einer sehr empfindlichen Stelle: ihrem Image. Außerdem kann ihre Arbeit der Erziehung zu egozentrischen KonsumentInnen entgegenwirken und so die essentielle Einsicht in Restriktionen fördern. Vielleicht fehlen uns Konzepte, wie grüne Politik die Arbeit der NGOs unterstützen kann. Expertengremien können unabhängiger und freier als PolitikerInnen Programme und Strategien entwickeln, sie zeichnen sich durch hohe Fachkenntnis aus und sind nicht mit tagespolitischen Themen belastet, so dass sie sich auf langfristige Ziele und Strategien konzentrieren können. Wertvolle Berater also.

Die *Schleusen* zwischen Zivilgesellschaft und dem Zentrum der Politik, wie Jürgen Habermas es formulierte, müssen ausgewogen besetzt sein. Die Stimmen derjenigen, die an den Segen eines ewigen Wirtschaftswachstums glauben, verdienen Beachtung, aber nicht mehr als die von Menschen mit alternativen Vorstellungen. Ich wünsche mir, dass die monopolartige Stellung der ökonomischen Interessen von sozial-ökologisch orientierten Denkrichtungen streitig gemacht wird. Wenn ich konkrete Vorschläge machen könnte, würde ich zum Einen eine deutliche Beschränkung der Werbung fordern, als Voraussetzung dafür, dass das krankhaft übertriebene Konsumniveau runter geschraubt wird und die Menschen sich nicht nur um ihre eigenen Bedürfnisse sorgen. Zum Zweiten würde ich die Parteienfinanzierung ändern, damit diese zumindest von der finanziellen

Abhängigkeit von Großindustriellen befreit werden. Drittens würde ich Lehrpläne umkrempeln und Forschungsschwerpunkte neu ausrichten. Und schließlich sollten wir endlich Konzepte umsetzen, damit das Sozialsystem nicht mehr aus dem BSP, in seiner heutigen Form, gespeist wird. Die Besteuerung von Gewinnen aus Finanzmärkten oder Überlegungen, Lohnsteuern durch Steuern auf Ressourcenverbrauch und Maschinenarbeit zu ersetzen, sind vielversprechende Ansätze dazu und sollten weiterentwickelt und realisiert werden.

Zusammenfassung

„Hartes Durchgreifen“ der Politik ist in einer Demokratie sehr unwahrscheinlich. Das Risiko, Langzeitschäden davon zu tragen ist für die Volksparteien zu hoch. Und ohne Akzeptanz in der Bevölkerung lässt sich eine anspruchsvolle Umweltpolitik kaum durchhalten. Rückenwind für eine effektive Umweltpolitik bekommen PolitikerInnen bei einige Reizthemen wie Kohle- und Atomkraft oder Gentechnik. Mit weniger attraktiven grundlegenden Problemen wie Artensterben, Flächenversiegelung und Ressourcenübernutzung wird dagegen eher Ablehnung anstatt Wählergunst erkaufte. Folglich lassen die PolitikerInnen lieber die Finger davon. Hier müssen NGOs, Sachverständigenräte und grüne „Thinktanks“ als partizipative Elemente ein Gegengewicht zum Lobbyismus der Industriellen aufbauen. Und schließlich müssen alle Teilsysteme der Gesellschaft stärker einbezogen werden: Anreize für die Wirtschaft setzen, Forschung und Bildung neu ausrichten, Umweltgesetze, die nicht mit fadenscheinigen Argumenten ausgehebelt werden können.